

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Neuerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Mart. — Bergische Nachrichten.)

Veränderung: Elberfeld
für Aufnahme von
Anzeigen an bestimmten
Tagen und an vorge-
schriebenen Plätzen, für
teleb. Aufträge sowie
für Aufnahme von
Anzeigen mit einer
Gewähr übernommen.
Die Geschäftsstelle
ist täglich geöffnet von
8½—6½ Uhr, Sam-
stags von 8—6 Uhr.

Deutschland muss sich selbst helfen.

Die Times sehen heute in einem Leitartikel auseinander, daß die schwierige Aussprache in der Reparationsfrage, wenn sie auch bisher keine Verständigung ergeben hat, doch bereits in deutlichen Umrissen die Forderungen von England und Frankreich einerseits und die konstanten deutschen Zahlungsvorschläge andererseits habe hervortreten lassen. Jetzt sei eine gewisse Pause notwendig, um die bisherigen Ergebnisse dieser Aussprache unter den Alliierten und mit Deutschland sorgfältig zu prüfen, bevor eine neue Anstrengung gemacht werde, um die europäischen Probleme zu lösen. Aber Deutschlands Aufgabe während dieser Pause besteht in dem Artikel darin, daß Deutschland sich dem Problem nicht weichen lassen, aber die anderen Mächte sind nicht in der Lage, Fortschritte auf dem Wege zu einer Lösung dieser Frage zu machen, wenn es Deutschland nicht aus eigener Kraft gelingt, eine Katastrophe abzuwenden. Deutschland muss aus sich heraus die Hilfsmittel aufbringen, um als Staat zusammen zu halten und einen Zusammenbruch zu vermeiden, damit es möglich wird, durch eine gemeinsame Anstrengung der europäischen Staaten das Schlimmste abzuwenden. Wir erkennen gern die Energie an, die die neue deutsche Regierung entfaltet. Die Nachricht, daß Deutschland eine aktive Politik treibt und den Versuch macht, sich selbst zu helfen, ist die erfreulichste Nachricht, die wir in diesen schwierigen Zeiten bekommen haben. Es ist unmöglich, die Richtung der viel zu spät angewandten Maßnahmen zur Reform der Steuererhebung und zur Stabilisierung der Währung bereits jetzt abzuschätzen. Die eingetragenen praktischen Wirkungen dieser Maßnahmen waren bis jetzt nicht sehr ermutigend. Aber die Kraft, die ihnen zugrunde liegt, ist eine Entschlossenheit, die, wenn sie aufrecht erhalten wird, sich selbst durchsetzen muss. Diese neue Entschlossenheit Deutschlands ist ein höchst wichtiger Faktor, um wenigstens vorübergehend die Stabilisierung Europas zu halten. Die Aussicht einer endgültigen Lösung der Reparationsfrage hängt wesentlich von dem Ausgang der innerdeutschen Wirtschaftskämpfe ab.

Ein französischer Wunsch.

GA Paris, 28. Aug. (Eig. Drahtb.) Die Instruktionen, die dementsprechend die deutsche junge Sinesse eine Verständigung mit Frankreich erstrebe, und daß auch andere Großindustrielle Annäherungsversuche gleicher Art unternommen haben, wird von den westlichen Morgenblättern besprochen. In diesen Kommentaren lassen sich die verschiedenen hier vorgetragenen Eindrücke deutlich unterscheiden. Die offiziell inspirierten Zeitungen demontieren das Gerücht von Verständigungen zwischen der französischen Regierung und deutschen Industriellen. Sie betonen, daß Frankreich sich auf Verhandlungen mit Deutschland nur einlassen würde, falls diese durch Vermittlung der hiesigen deutschen Botschaft oder durch Eröffnungen an die französische Botschaft in Berlin eingeleitet würden. Trotz der gestrigen Dementis beschäftigt sich der diplomatische Korrespondent der „Daily Mail“ in der Kontinentalausgabe des Blattes mit den angeblichen Angeboten des Herrn Sinesse an die französischen und belgischen Befehlshaber. Bei der ganzen Redeweise scheint der Wunsch der Vater des Gedankens zu sein.

Die belgische Antwort.

WTB Paris, 28. Aug. (Drahtb.) Nach den Morgenblättern wird die gestern dem englischen Botschafter in Brüssel übergebene belgische Antwort heute in London, Paris und Brüssel veröffentlicht werden.

WTB London, 28. Aug. (Drahtb.) Die belgische Note ist gestern Abend hier eingetroffen.

„Daily Telegraph“ schreibt: Während die Note durch die warmen Gefühle der Freundschaft zu Großbritannien eingegeben sei, müsse es als nicht verurteilt hingenommen werden, daß sie eine Regelung wesentlich beschleunigen werde.

Das Verlangen des internationalen Gewerkschaftsbundes.

TU Bern, 27. Aug. Im Berner Volkshaute tagt zurzeit das Zentralkomitee der Metallarbeiter Internationalen. Der Schweizerische Nationalrat ist in seiner Eröffnungsrede u. a. darauf hin, daß infolge der ungenügenden Vorkämpfe der Franzosen und Belgier die Arbeiterbewegung nicht zu der erwarteten Diktation gegen die Ruhrbesetzung geführt habe. Der Deutsche Wismann sagte mit Bezug auf die Ruhrbesetzung, daß die Haltung des internationalen Gewerkschaftsbundes in der Ruhrfrage nicht befriedigend sei. Man hätte von ihm größere Mitarbeit gegen die Ruhrbesetzung erwartet. Einen Zusammenbruch Deutschlands werde die Arbeiterbewegung aller Länder bald mit verstärkter Arbeitsbedingungen zu spüren bekommen. Sodann verlangte er, daß die Arbeiterbewegung in seinem Vaterlande infolge der internationalen politischen und wirtschaftlichen Lage, die englische Bourgeoisie, sollte er, sehr leicht ein, daß ein vernünftiges Deutschland ein vernünftiges

Europa nach sich ziehen werde. Die englische Arbeiterbewegung wolle nicht, daß die deutschen Arbeiter im Elend untergehen. Wismann stimmte den Ausführungen des Wismanns über die Ruhrbesetzung zu. Laube-Frankreich befruchtete, daß das französische Proletariat nationalgeföhnt sei. Das französische Proletariat werde alles tun, um gegen den Kapitalismus in Frankreich anzukämpfen.

Unruhiges Ende der englischen Farbstoffindustrie.

GA London, 28. Aug. (Eig. Drahtb.) Professor Green, der leitende Chemiker der englischen Farbstoffindustrie, hat sein Amt niedergelegt, weil er der Ansicht ist, daß es nicht möglich sei, mit den kaufmännischen und technischen völlig ungenügenden Kräften eine englische Farbstoffindustrie ins Leben zu rufen. Prof. Green, der seine Ausbildung in Deutschland erhalten hat, bringt durch diese Erklärung den mit umfangreichen staatlichen Unterstüzungen im Krieg zuerst unternommenen Versuch, eine Farbstoffindustrie in England zu schaffen, zu einem wenig ruhmreichen Abschluß.

Eine Unterredung mit dem Reichskanzler.

WTB München, 27. Aug. Reichskanzler Dr. Stresemann gewährte am Samstag anlässlich seines Besuchs in Bayern dem Hauptkrisenleiter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ eine Unterredung. Bezüglich der Frage der den Ländern verbliebenen Hoheitsrechte betraf sich der Kanzler auf die Erklärung, die er im Namen des Kabinetts bei der Vorstellung der Regierung am Reichstag abgegeben hatte. Der Kanzler erklärte ausdrücklich, daß sie als Auffassung des Gesamtkabinetts zu betrachten sei. Er sei deshalb überrascht gewesen, als er in der bayrischen Presse Befürchtungen darüber gelesen habe, daß die jetzige Regierung eine stärkere Zentralisierung erstrebe. Die gegenwärtige Regierungskombination bezieht sich der Kanzler als die stärkste Zusammenfassung der parlamentarischen Kräfte, die das neue Deutschland bisher gehabt habe. Sie habe den Vorteil, daß die Regierung der festen und großen Mehrheit im Parlament sicher sei und deshalb ungehindert arbeiten könne. Eine Reihe von Fragen sei nur auf dem Wege sogenannter diskursiver Maßnahmen zu lösen. Solche Maßnahmen waren bei einer Minderheitsregierung außerordentlich schwierig, wenn nicht unmöglich.

Was die Mitarbeit der Sozialdemokratie anlangt, so sei es unrichtig, wenn angenommen werde, daß nunmehr eine stärkere Einflusnahme der Sozialdemokratie eingeplant sei, wie sie bisher nicht bestanden habe. Es gelte, das Volk zusammenzuschweißen, und darum habe auch die gegenwärtige Regierung ausdrücklich alle staatsrechtlichen Elemente außerhalb der jetzigen Koalition zur Mitarbeit aufgefordert. Dies gelte insbesondere auch für die bayerische Volkspartei, die sich bisher abwartend verhalte, sich aber durch ihren Führer zum Programm der Regierung ausgesprochen habe.

Bezüglich der Notwendigkeit der Produktionssteigerung und der Anpassung der Löhne und Gehälter an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung, die hauptsächlich vor sich geben müßte, betraf sich Dr. Stresemann auf seine Rede gelegentlich des Industrie- und Handelskongresses. Die Notwendigkeit über die Diktation der ersten Schritt zur inneren Sanierung. Auf diesem Wege werde man fortgeschritten. Über die Stellung der Reichsregierung zur Reichsbank sprach sich der Kanzler in dem Sinne aus, daß die Wirtschaft und Finanzpolitik des Reiches von der Reichsbank unterstützt werden müsse. Von der Anerkennung dieser Grundfrage sei auch die Lösung der Reparationsfrage abhängig, die gegenwärtig in der Presse vielfach erörtert werde.

Lohnregelung im Bergbau.

TU Berlin, 27. Aug. Die Lohnverhandlungen im Kohlenbergbau unter Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums haben zu einer Verständigung in sämtlichen Kohlenbergbaubetrieben geführt. Die Durchschnittslöhne sind einschließlich des Auslands- und Abzugsbetrags in den beiden Lohnwochen vom 13. bis 20. August und vom 20. bis 27. August je Schicht für den Ruhrbergbau auf 4.153.394 bzw. 2.333.296 Mark, für den obersteilsteilen Steinkohlenbergbau auf 3.227.661 bzw. 3.074.684 Mark und für die Kernvereine des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus auf 3.015.212 bzw. 4.598.128 Mark festgelegt worden. Durch diese Verständigung sind die Differenzen ausgeglichen, die über die Lohnregelung der Woche vom 13. bis 20. August bestanden haben.

Kardinal Faulhaber über die Befennnisschule.

TU München, 27. Aug. Der von der Bischofskonferenz in Fulda zurückgeforderte Kardinal Faulhaber sprach am Sonntag in der Hauptversammlung katholischer Lehrvereine Bayerns über die Sicherung der Befennnisschule und wies darauf hin, daß 75 Prozent der katholischen Bevölkerung in Deutschland die Befennnisschule fordern. Wenn die Sicherung sich nicht den Verhältnissen zu eigen mache, so werde es hoffentlich in Zukunft nach der Befennnisschule auch eine weltliche Sicherung zu verhoffen.

Die deutschen Vermögen in Amerika.
TU Berlin, 27. Aug. Der Bund der Auslandsdeutschen teilt mit: Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß nach den amerikanischen gesetzlichen Bestimmungen für die Vermittlung von Freigabe deutschen Vermögens in den Vereinigten Staaten durch amerikanische Rechtsbeistände oder sonstige Personen und Firmen nicht mehr als 5 Prozent Gebühren erhoben werden dürfen. Berücksichtigt man schon 7 Prozent oder mehr verlangt worden. Es wird nochmals um Mitteilung solcher Fälle an die Bundesleitung gebeten.

Die Nachfolge Havensteins.

BB. Berlin, 28. Aug. (Drahtb.) Laut „Vorwärts“ beschäftigt sich gestern ein engerer Rabinetsrat mit der Neubefestigung der Reichsbankleitung. Die dem Blatt zufolge verläutelt, soll als Nachfolger Havensteins eine Persönlichkeit auszuwählen sein, die auf Grund der bisher von ihr geführten Reparationsverhandlungen einen guten Ruf hat und auch Gewähr für eine befriedigende Zusammenarbeit mit dem Reichskabinett bietet. Die das Blatt weiter schreibt, besteht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion weiterhin auf dem Rücktritt Havensteins. Auch das Reichskabinett und die hinter ihm stehenden Regierungsparteien sollen sich einmütig gegen Havenstein erklärt haben.

Die Urabstimmung bei der Reichsbank.

TU Berlin, 27. Aug. Nach dem bisher vorliegenden Ergebnis der Urabstimmung, ob die Maßregelung des Betriebsratsvorsitzenden Großmann durch die Reichsbankleitung mit einem Streik beantwortet werden soll, hat sich eine große Mehrheit für den Ausstand ergeben. Rummel wurde das Reichsarbeitsministerium um eine Intervention ersucht.

Die Not der Presse.

WTB Göttingen, 27. Aug. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger (Kreis Mitteldeutschland) trat gestern auf der Wartburg zu seiner außerordentlich stark besuchten Hauptversammlung zusammen. Das Ergebnis der von v. Jüdel (Bernburg) geleiteten langen und ernsten Beratungen war überaus entmutigend. Es wurde festgestellt, daß die Kapitalisten und die Vertriebsmittel der Zeitungsunternehmen nicht ausreichen, um die eingetretene und bestimmt noch eintretende Belastungen des Reichsarbeitsministeriums, zum Teil auf Grund einer falschen Innenpolitik, zum Teil auf Grund einer falschen Außenpolitik, zum Teil auf Grund der bei rückständigen Zahlungsbedingungen in Goldmark zu entrichten sind, auch nur die allerärmste Zeit hindurch zu tragen. Die Zeitung verleger stehen auf dem Boden der Reichsstarke: sie halten es aber als ethische Arbeitgeber für ihre moralische Pflicht, offen zu bekennen, daß sie die Arbeitskräfte ihrer Zeitungen unter den geltenden Tarifbedingungen nicht in Anspruch nehmen können, weil ihre Einnahmen die Lohnkosten nicht zu decken vermögen. Sie haben sich deshalb, nicht aus Demonstration, sondern aus innerer Notwendigkeit gezwungen, ihrem Personal zu kündigen oder die Kündigung zum nächsten Termin auszusprechen. Die Zeitungen sind sich ihrer Verantwortung der Nation und der Wirtschaft gegenüber bewusst, und werden nur im äußersten Notfall zu Betriebsstillegungen schreiten, die aber unmittelbar bevorstehen, wenn nicht eine Erleichterung der bezeichneten Lasten eintritt und auch die Lebenskraft im vollen Maße verstanden für die Notwendigkeit der Erhaltung einer selbstständigen Presse bei den bevorstehenden starken Preissteigerungen für Abonnenten und Anzeigen bewahrt. An der Reichsarbeitsminister und die zuständigen Demobilisationskommissionen wird das Ersuchen gerichtet, die für die Stilllegung der Betriebe vorgesehenen vier Wochen Derritt für die Zeitungen aufzuheben. Von dem Reichsfinanzminister wird erwartet, daß er mit der Organisation der Zeitungsvorleger einen Weg findet, um die Befreiung des notwendigen Zeitungspapiers noch zu ermöglichen.

TU Kassel, 27. Aug. Die Firma Gebr. Gottschalk hat dem gesamten technischen Personal der großen Kasserer Tageszeitung, dem „Kasserer Tagblatt“, zum 8. September gekündigt.

MTB Berlin, 27. Aug. Die pommerischen Verleger haben dem gesamten technischen Personal gekündigt und lassen nur noch verfürzt arbeiten. Die Zeitungen erscheinen vorläufig nur noch hinfällig in der Woche.

Stuttgart, 28. Aug. (Drahtb.) Der Stuttgarter Verlegerverein hat eine Entschädigung gefordert, in der es heißt, die unüberwindliche Steigerung der Buchdruckerlöhne zwinge den Verlagsbuchhandel, seine Produktion einzustellen. Die Verleger läßen sich außerhande, die nötigen Mittel für die Anforderungen aufzubringen.

MTB Jena, 27. Aug. In den hiesigen Buchdruckerzweigen zahlreiche Kündigungen, desgleichen im Buchhandel, u. a. bei Eugen Diederichs.

WTB Berlin, 27. Aug. Die Hauptversammlung der wirtschaftlichen Vereinigung schlesischer Verleger beschloß einstimmig, die Buchherstellung infolge der katastrophalen Wirtschaftslage bis auf weiteres einzustellen.

Kopfflosigkeiten.

Betriebs- und Steuerfabrikation.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Trotz aller Anstrengungen der neuen Regierung glaubt man noch nicht so recht an die baldige Geländung. Arbeiter und Angestellte fürchten, daß die letzten Lohnsteigerungen und die fälschlich verlangte Wertbeständigkeit des Lohnes ihnen kaum das tägliche Brot sichern werden. Denn die Lebensmittelpreise steigen laufig weiter. Es ist kein Halten und Befürchten mehr. Stieg der Dollar, so stieterte die Teuerung fast hündlich mit. Sinti der Dollar, so „wirten“ sich eben andere Dinge „aus“, wie der schöne Ausdruck lautet, zum Beispiel die Gütertarife oder das neue Postporto. Dem Einwand des Verbrauchers begegnet stets eine neue Ausrede.

Aber auch die Erzeuger und Unternehmer befinden sich in einer trostlosen Stimmung. Bei ihnen sind es die Steuerforgen. Ausdröcker, Lohnbetriebssteuer, Protobgabe, Devisenbeschlagnahme, verbielfältigte Einkommensteuer verfolgen sie wie Grimmen. Finanzminister Dr. Hilferding hat in seiner Rede im Hausparlament auskunft des Reichstages die denkbar strengste und — wie er sich absichtlich ausdrückte — eine geradezu brutale Steuerpolitik angekündigt. Was Wunder, daß viele den Kopf verlieren und nur noch vom Untergang ihrer Existenz sprechen. Das bedenkliche ist, daß bei dieser Panik auch Behörden mit schlechtem Beispiel vorangehen. Der Kellertenausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, die Straßenhöhner der ganzen Stadt stillzulegen. In anderen deutschen Großstädten, wo man sich ebenso wie in Berlin in unmaßlicher Höhepreise hineingeritten hat, stehen ähnliche Beistände bevor. Weiß man nicht, was für große Gemeinwesen die Einstellung des wichtigsten Verkehrsmittels bedeutet? Hat man die wirtschaftserhörende Wirkung nicht schon bei kurzen Streiks schaudernd erlebt? Alles müßte doch zur Aufrechterhaltung des Verkehrs verflucht werden, statt aus Angst vor einem allzu großen Betriebsdefizit den Handel und Wandel einer ganzen Stadt zu lähmen.

Dieser Kettenzusammenbruch an leitenden Stellen scheint sich auch auf andere große Organisationen zu übertragen. So hat sich der Vö-Bund, das ist die Spitzenorganisation der freigeberwirtschaftlichen Angestellten-Verbände, und mit ihm zusammen der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zu einem, man kann es nicht milder ausdrücken: recht unüberlegten Schritt hinreihen lassen. Beide Verbände haben an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, worin sie verlangen, daß auf Grund der Demobilisationsverordnung vom November 1920 bei der Prüfung von Stilllegungsanträgen durch die Behörden die Betriebsräte und die Gewerkschaften mitwirken sollen, und daß man im Falle einer Stilllegung Waren pfänden und die Warenlager an arbeitswillige Unternehmer übertragen dürfe.

Run begreife man wohl: Es besteht tatsächlich die Gefahr, daß in den nächsten Tagen und Wochen gewisse Unternehmer ihren Betrieb stilllegen wollen, um die Steuerpolitik zu durchkreuzen. Diese Absicht reicht sich würdig an die Betriebsfabrikation der Straßenhöhnerverwaltung, die kopflos ihren Dienst aufgeben wollen, weil sie die Pleite fürchten. Selbstverständlich hat hier die Regierung ihre Wachsamkeit und ihre ganze behördliche Macht aufzubieten, um solche nachsichtigen Betriebsfabrikationen zu verhüten. Aber Betriebsräte über diese heißen Fragen entscheiden zu lassen und die Betriebe zu enteignen, um sie an fremde, unerprobte Unternehmer zu vergeben, das führt schnurstracks in die Welt des Bolschewismus hinein, dessen Unfähigkeit, eine zusammenhängende Wirtschaft zu retten, man an russischen Experiment zur Genüge erkannt hat. Gegen solch Kopfflosigkeit gibt es nur ein Mittel: Zusammenrufen des letzten hoffentlich vorhandenen Restes von staatsbürgerlicher Disziplin. Die sachliche Regierung, die dem radikalen Teil der Arbeiterbewegung sonst gerne nach dem Munde rebelt, verlangt vor einigen Tagen in einem dringenden Appell strenge Einhaltung der Tarifvereinbarungen und der bestehenden sozialen Rechtsverhältnisse. Mangelnde Disziplin beim Arbeitnehmer und beim Arbeitgeber — damit wäre das traurige Deutschland besiegelt.

Krankenkasse und Ärzte.

Leipzig, 24. Aug. Der Verband der Ärzte Deutschlands erläßt folgende Erklärung: Am 25. dieses Monats werden im Preussischen Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen den Trägern der sozialen Versicherung und den Vertretern der Ärzteschaft über das wertbeständige Rathonora stattfinden. (Die schon mitgeteilt, sind die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen.) Diese Verhandlungen werden von ausschlaggebender Bedeutung für das Weiterbestehen der sozialen Einrichtungen des Deutschen Reiches sein. Sie berühren weniger die Honorarfrage in der Privatpraxis, die der freien Vereinbarung zwischen Arzt und Kranken überlassen ist, als die Festsetzung der kassenärztlichen Gebühren, die durch die Preussische Gebührensordnung maßgebend beeinflusst werden. Das wertbeständige Rathonora wird erreicht: 1. durch Festsetzung von Grund- (Friedens-) Gebühren, die mit dem jeweiligen vollen Reichs-

Die drei Monate 191.75, Die, nahe Die 24.50, Die, em-
ferne Die 24.00. Die Werte betragen in Grund
Beträgen für die ersten 100 Jahre 191.75, 24.50, 24.00.

[illegible]

h. — Segen Fußschweiß, Dremmen und
Krankheit Fußbad.

